

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis für Monat Oktober 0,10 Mark X Buchhandels-Schlüsselzahl (ohne Bestellgeld). + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Postzelle 0,05 Mark X Buchhandels-Schlüsselzahl zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigennahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Sür Wiederaufbau und Freiheit!

Ausschustagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 25. September trat der Große Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin zu mehrtägigen Beratungen zusammen. Der Geschäftsbericht konnte feststellen, daß trotz der sich mehr und mehr ungünstiger gestaltenden Verhältnisse die Mitgliederzahl der Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes seit der vorjährigen Tagung in Halle noch einen kleinen Fortschritt aufzuweisen hat. Wenig erfreulich gestaltet sich hingegen die finanzielle Lage der Gewerkschaften. Die Zeit scheint nahe, wo nicht nur das Bildungs- und Pressewesen der Gewerkschaften stärkstens beschränkt, sondern auch die Zahl der Gewerkschaftsangehörigen erheblich vermindert werden muß. Die Gewerkschaftsarbeit wird dann stärkstens wieder ehren- und nebenamtlich geleistet werden müssen. Dann wird sich auch zeigen, wo die beste Erziehungsarbeit geleistet wurde und gewerkschaftlicher Opferwille vorhanden ist.

Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Vortrag über „die seelischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Sozialpolitik“ von Professor Dr. Brauer-Karlruhe. Es schlossen sich Vorträge an über die Währungsfrage (Dr. Jahn); die Steuerpolitik (Dr. Brünning); der Staat und die Beamten (Reichspostminister Dr. Hoffe); Sozialpolitische Streitfragen (Otte); Ausbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltung (Baltrusch); Besitzbeteiligung der deutschen Arbeitnehmer an der deutschen Wirtschaft (Wahermann); die Wohnungsfrage (Trennmeier); die Siedlungspolitik (Wroß). Entschlüsse sind nicht angenommen worden. Die für die behandelten Gebiete aufgestellten Forderungen werden vielmehr als ein zusammenhängendes Ganzes der Regierung überreicht werden. Im einzelnen wird darauf noch zurückzukommen sein. Die Richtlinien des Referats über die Wohnungswirtschaft geben wir weiter unten wieder. Es ist aber möglich, daß sie unter der jetzt schnell sich verändernden Situation noch mancherlei Änderungen erfahren können.

Au die Anhänger der eigenen Bewegung wendet sich der große Ausschuss mit folgendem Aufruf:

An die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Der heldenmütige Abwehrkampf, den die Bevölkerung an Rhein und Ruhr aus freiem Entschluß gegen die Uebergriffe des von politischem Eroberungswillen und kapitalistischen Trieben geleiteten Militarismus unserer Gegner geführt hat, mußte abgebrochen werden, weil die innere Geschlossenheit des deutschen Volkes fehlte und die finanzielle Erschöpfung über uns hereinbrach. Der Kampf ist nicht umsonst gewesen. Neun Monate lang hat die ganze Welt auf Rhein und Ruhr geblickt und hat den Glauben an den Lebenswillen des deutschen Volkes wieder gefunden. Auch im unbefesteten Deutschland wird das Vorbild von Rhein und Ruhr schlummernde seelische Kräfte wieder erwecken und zu neuer Entfaltung bringen. Es bleibt heilige Pflicht des ganzen deutschen Volkes, allen Gefangenen, Vertriebenen und Geschädigten ihre Freiheit und ihre Rechte wieder zu verschaffen.

Der Abbruch des passiven Widerstandes stellt ganz Deutschland vor neue schwere Aufgaben und Gefahren. Dunkel ist die Zukunft. Nur fester Glaube und entschlossenes Handeln kann uns die Freiheit bringen und uns vor völliger Auflösung unserer Volkseinheit und vor Verelendung bewahren. Daher ist der

Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes

zusammgetreten, um über die unbedingt zu treffenden Maßnahmen Beschluß zu fassen und sie der Regierung zur Durchführung zu unterbreiten. In erster Linie aber kommt es auf folgendes an:

Die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben sich, unter Aufrechterhaltung gewohnter gewerkschaftlicher Disziplin, an die Anordnungen ihrer Führer zu halten.

Alle Bestrebungen, die die Einheit des Reiches gefährden, sind auf das Schärfste zu bekämpfen.

Die Produktion muß erhalten und gesteigert werden. Jeder ungesunden Preispolitik ist mit scharfen Maßnahmen zu begegnen.

Dem Volke ist durch schnelle Durchführung der Währungsreform ehrliches Geld zu verschaffen. Arbeitsfreude und Arbeitswille sind nur zu wecken und zu erhalten, wenn der Ausbeutung des Volkes durch Wucherer und Faulenzer ein Ende gemacht wird, und die Arbeitnehmer durch stärkere Beteiligung an Kapital und Ertrag mit der deutschen Wirtschaft inniger verbunden werden. Durch rücksichtsloses Zugreifen ist der aufreizende Luxus zu unterbinden.

Der sich von Tag zu Tag verschärfenden Arbeitslosigkeit, und der damit verbundenen Not ist durch staatliche Fürsorgemaßnahmen, durch Beschaffung produktiver Arbeitsmöglichkeit und Sicherstellung des Bedarfs an notwendigen Lebensmitteln zu steuern. Die dazu erforderlichen Mittel sind durch wirksame steuerliche Maßnahmen, die vor allem die neuen Reichen treffen, aufzubringen.

Die Bewerkstelligung dieser Notwendigkeiten kann nur einer starken und zielbewußten Regierung gelingen, die bestrebt ist, dem Staate wieder die unerläßlichsten Wirtschaftsmittel zu verschaffen.

Mitglieder

des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Unsere Bewegung steht vor großen, schweren und verantwortungsvollen Aufgaben! Mehr denn je müssen Mitglieder und Führer in Treue verbunden sein. Unserer Bewegung fällt die hohe Aufgabe zu, dem Geiste der Zerkleinerung und Selbstsucht entgegenzuwirken und von innen heraus an der Gesundung und Stärkung des deutschen Volkes zu arbeiten. Unsere christlich-deutsche Staatsauffassung muß die kapitalistische und marxistische Auffassung überwinden, die dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes im Wege stehen. Dieser Wiederaufstieg wird lang und mühevoll sein! Verliert nicht die Geduld! Gütet Euch vor dem Glauben, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes die Leidenszeit vorüber sei. Der Kampf für die deutsche Freiheit und insbesondere unser Kampf für die Freiheit der deutschen Arbeits- und Wohnstätten wird weitergeführt. Fest und unerschütterlich ist unser Glaube: Es kommt der Tag, an dem das deutsche Volk und das deutsche Land frei sein werden und die Tyrannenmacht ein Ende hat!

Deutscher Gewerkschaftsbund

Stegerwald, Weßh, Gutsche, Otte.

Richtlinien zur Wohnungswirtschaft

Ueber die Fragen der Wohnungswirtschaft berichtete in einem ausführlichen Referate der Kollege Trennmeier, der seine Ausführungen in folgenden Richtlinien zusammenfaßte:

Der Kampf um die freie Mietwirtschaft ist auf der ganzen Linie entbrannt. Die Ursache ist die mangelhafte Durchführung des Prinzips der gebundenen Wohnungswirtschaft.

I.

Der bisherige

Mißerfolg unserer Wohnungswirtschaft.

1. Die Wohnungsbautätigkeit steht vor dem Erliegen. Dadurch droht von seiten der Wohnungsnot eine Katastrophe. Die Finanzierungsquelle der Wohnungsbauabgabe hat völlig versagt, weil die insbesonders vom D. G. B. geforderte Valorisierung (Aufwertung) der Abgabe nicht verwirklicht wurde.

2. Das System der unzulänglichen Mittelbeschaffung hat ausgesprochen korrumpierend gewirkt.

a) Der Ertrag der Wohnungsbaubauabgabe fiel dadurch fast ausschließlich wohlhabenden Kreisen zu.

b) In die sonst freitverbleibenden Wohnungen kamen oftmals nicht die als dringend vorgemerkten Wohnungslosen, sondern in der Mehrzahl in- und ausländische Schieber.

3. Dazu sind Mieter und Hausbesitzer in gleicher Weise über die Unzulänglichkeit und Kompliziertheit des Reichsmietengesetzes erbittert.

II.

Die

Unmöglichkeit der freien Mietwirtschaft. Trotzdem aber ist der Ausweg der freien Mietwirtschaft nicht gangbar.

1. Hinsichtlich der Gewerberäume bedeutet er eine Abwälzung der Mietslasten auf die Konsumenten, hinsichtlich der Wohnungen ist er von den breiten unterbezahlten Mieterkreisen und der deutschen Wirtschaft nicht tragbar.
2. Sein einziger Erfolg wäre die Gewährung von Subventionen an einige hunderttausend in- und ausländische Hausbesitzer.
3. Selbst die völlige Freigabe der Mietpreissbildung gewährleistet nicht die großzügige Neubautätigkeit, deren wir zur Abmilderung der Wohnungsnot unbedingt bedürfen.

III.

Auf Grund dieser Feststellungen macht der Große Ausschuss des D. G. B. folgende Vorschläge:

Das System unserer gebundenen Wohnungswirtschaft ist im Prinzip beizubehalten.

1. Bestehen bleibt insbesondere der Mieterschutz in seiner gegenwärtigen rechtlichen Ausgestaltung.
2. Die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes sind grundlegend zu ändern. Der Hausbesitzer erhält für Verwaltung, Betriebskosten und Gewinn einen gewissen Prozentsatz der Friedensgoldmiete (7 Proz.); dazu 3 Proz. für laufende Instandsetzungsarbeiten, über deren Verwendung er Rechenschaft zu legen hat.
3. Für die Zwecke des Wohnungsbaues und der großen Instandsetzungsarbeiten wird eine Wohnungsbaubauabgabe in Höhe von 10 Proz. der Friedensgoldmiete erhoben.
4. In diese hiermit jährlich zu erstellenden 120 000 Wohnungen werden die Wohnungslosen nach dem Grade der Dringlichkeit ihres Wohnbedürfnisses eingewiesen, ohne daß irgendwelche private Zuschüsse von ihnen gefordert werden können. Sie haben die gesetzliche Miete, sowie die Wohnungsbaubauabgabe zu zahlen. Das Eigentumsrecht an diesen Wohnungen verbleibt zum Teil in den Händen der Länder und Gemeinden, zum Teil wird es von diesen gegen eine Abfindung gemeinnützigen Bau- und Siedlungsorganisationen übertragen.

Praktische Führerarbeit

V.

Der Vorsitzende

Das höchste Amt, das die örtliche Mitgliedschaft zu vergeben hat, ist das des Vorsitzenden. Er ist gleichsam der Kopf der Ortsgruppe. Von ihm sollen in erster Linie die Kräfte ausgehen, die notwendig sind, um das gewerkschaftliche Leben in der Gruppe gesund und aktiv zu erhalten. Mit einem Wort, er ist der Führer der Ortsgruppe, ihr Repräsentant nach innen und nach außen.

Wie soll nun der Vorsitzende seinen Posten ausfüllen? Zunächst ist seiner Sorge das Versammlungswesen anvertraut. Im Einvernehmen mit den übrigen Vorstandsmitgliedern hat er die Versammlungen einzuberufen und in geschickter Weise zu leiten. Damit ist aber seine Tätigkeit bei weitem nicht erschöpft, wie leider manche Vorsitzende meinen. Der Vorsitzende ist eben nicht nur Versammlungsleiter, sondern er ist der örtliche Verhandlungsleiter. Das setzt voraus, daß er über die ganze geistige und organisatorische Verfassung der seiner Führung anvertrauten Gruppe jederzeit im Bilde ist und sich dafür verantwortlich fühlt. Er soll er z. B. stets darüber unterrichtet sein, was auf den Arbeitsstellen vor sich geht, ob alles organisiert ist, ob Bau- und Platzdelegierte vorhanden sind, ob die tariflichen und die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden usw. Auch über den Stand der Verwaltung, das Rufen- und Hauskassenerweien usw. soll er stets einen klaren Überblick haben und, falls sich Mängel zeigen, mit seiner ganzen Autorität auf Abhilfe drängen. Das alles bedingt keineswegs, daß er Arbeitszeit verläumt und Lohnausfall erleidet. Nur in ganz seltenen Fällen wird es unvermeidlich sein, daß er während der Arbeitszeit auf Baustellen vorpricht. Im übrigen wird es häufig mög-

lich sein, die Kollegen nach Schluß der Arbeit abzusprechen. Und wenn nicht — wir haben ja noch die Vertretungsmänner- und Baudelegiertenkongressen, die, wenn irgendmöglich, alle 14 Tage abgehalten werden sollten. In diesen sollen die aktuellen gewerkschaftlichen und beruflichen Verhältnisse besprochen werden, so daß es dem Vorsitzenden mit Leichtigkeit gelingen wird, ein klares Bild zu gewinnen. Werden Mängel festgestellt, so soll sich zunächst der Vorsitzende um Abstellung bemühen, und nur wenn dies aus irgend einem Grunde nicht möglich ist, soll er den Angestellten — Lokalbeamten oder Bezirksleiter — davon benachrichtigen, dies aber sofort. Aber auch nicht mit jeder Kleinigkeit den Angestellten belästigen! Dadurch wird ja oben die Arbeit manches Angestellten schwer unentgeltlich, weil ihm die örtlichen Vorstände alles, aber auch alles, aufhalsen. Wir Bauarbeiter gelten doch sonst als Leute, die sich zu helfen wissen. Warum muß man diesen praktischen Sinn in der Verhandlungsarbeit so häufig vernichten? Also, was der Vorsitzende bei einigem gutem Willen und entsprechender Geschäftlichkeit selber am Orte erledigen kann, das soll er auch selber machen. Die bevorstehende große Notzeit mit ihren zwangsläufigen Einschränkungen für die Gewerkschaften zwingt ohnehin dazu, die ehrenamtliche Mitarbeit wieder ganz anders zu Ehren kommen zu lassen, als das bisher leider häufig der Fall war.

Eckherberständig darf sich der Vorsitzende nicht als Diktator gebärden. Auf ein gutes kollegiales Zusammenarbeiten mit den übrigen Vorstandsmitgliedern muß er das größte Gewicht legen. Insbesondere ist diese Zusammenarbeit notwendig mit dem Kassierer. Nicht darf der Vorsitzende lediglich kontrollierend oder gar nur kritisch neben dem Kassierer stehen, sondern er soll Hand mit anlegen, wo dies not tut. Gelingt es bisweilen dem Kassierer nicht, die einzelnen Bezirke, besonders wenn es sich um größere handelt, mit Hilfsklassierern zu besetzen, so muß der Vorsitzende mit eingreifen, damit alles wieder schnellstmöglich in Ordnung kommt. Die Erfahrung lehrt, daß Verhältnisse gerade auf diesem Gebiete von den verhängnisvollsten Folgen für den Bestand einer Ortsgruppe sind.

In der Öffentlichkeit gebietet es das Ansehen unserer Organisation, daß der Vorsitzende die Ortsgruppe würdig, d. h. mit Geschick und Tatkraft vertritt. Dazu gehören keine überheblichen Redensarten und noch weniger polterndes Auftrumpfen, sondern einfache, schlichte Worte und ein gerades männliches Auftreten. Auch bei Konferenzen mit den Gegnern und Beratungen mit den Arbeitgebern oder den Behörden muß immer der gleiche schlichte, aber bestimmte Ton gewahrt werden. Man beurteilt uns draußen nicht nach unseren Worten, sondern nach unseren Taten.

Das Amt des Vorsitzenden ist ein wirkliches Führeramt und setzt als solches hohe moralische Qualitäten und vor allem geistige Heberlegenheit voraus. Es dürfen deshalb nur die besten und fähigsten Kollegen von anerkanntem Ruf mit diesem Amte betraut werden.

Einig.

Allgemeine Rundschau

Und wie?

Die folgenden Darlegungen in unserer Tageszeitung „Der Deutsche“ empfehlen wir unseren Lesern zu ganz besonderer Beachtung und Beherzigung:

Die Presse bildet nicht nur in Deutschland Not. Fast in der ganzen Welt ist es so, daß alle Zeitungen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die sich auf wachsende Bevölkerungszahlen stützen, und die nicht mit den Inflationsmaßnahmen von wohlwollenden Göttern in Handel und Industrie gespeist werden. Eben wird aus England gemeldet, daß sich der Kongress der englischen Gewerkschaften mit dem „Daily Herald“, der Tageszeitung der britischen Arbeiterbewegung, beschäftigte. Man beschloß, das insbesondere unter der starken Arbeitslosigkeit in England leidende Blatt, trotz aller Schwierigkeiten nicht eingehen zu lassen. Die Auflage des Blattes soll im Gegenteil auf 300 000 gebracht werden. Für diesen Zweck warf der Kongress einen einmaligen Zuschuß von 20 000 Pfund Sterling (gleich 82 Millionen deutscher Papiermark) aus. Dieser auch für englische Verhältnisse hohe Betrag sowie die große Besucherzahl des Blattes, zeigen den deutschen Arbeitnehmern, wie man jenseits des Rheins den Wert einer weitverbreiteten, unabhängigen Tageszeitung einschätzt.

In Deutschland sind wir leider noch nicht so weit. Trotz aller dankenswerten Unterstützung, die „Der Deutsche“ bei den christlich-nationalen Gewerkschaften findet, ist festzustellen, daß eine auch nur halbwegs mit der Förderung der „Daily Herald“ durch die englischen Gewerkschaften vergleichbare Hilfe fehlt. Der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der man ehedem einen hohen Idealismus nachrühmte, würde es nichts schaden, wenn sie von dem englischen Beispiel lernte. Insbesondere aber sollten alle nur irgendwo an leitender Stelle in den Ortsvereinen, der Fachgruppen usw. der christlich-nationalen Arbeiterbewegung stehenden Kräfte nichts unterlassen, was geeignet ist, dem „Deutschen“ neue Bezüge zuzuführen. Die wirtschaftliche Not kann und darf nicht Anlaß sein, diese Werbung zu unterlassen. Eine Volkswirtschaft, die nicht den Willen und nicht die Kraft ausbringt, trotz aller Not, in der öffentlichen Meinung zur Geltung zu kommen, gibt sich in ihren berechtigten Bestrebungen selbst auf. Wenn nur öffentliche Meinung gemacht wird durch die an Verbreitung immer mehr gewinnenden Organe, die von kapitalistischen Kreisen — um ihres

Am 6. Oktober 1923 ist der vierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

eigenen Vorteils willen — ausgefallen werden, dann „Gute Nacht“ ihr christlich-deutschen Arbeitnehmer! Lernen wir von England!

Reichsindexziffer am 24. September — Steigerung 97 Prozent

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 24. September auf 28 000 000. Die Steigerung gegenüber der Ziffer für die Vorkwöche (14 244 000) beträgt somit 97 Prozent.

Die Teuerung nahm somit nach dem Wochenindex seit August die folgende Entwicklung:

30. Juli	71 470	27. August	1 183 434
6. August	149 531	3. September	1 845 261
13. August	436 935	10. September	5 051 046
20. August	753 733	17. September	14 244 900
		24. Septbr.	28 000 000

Der amtliche Großhandelsindex ergab am Stichtage des 25. September das 36,2millionenfache des Friedensstandes, er ist somit ungefähr auf dem Stande des 18. September (36,0millionenfache) geblieben.

Grundlegende Aenderung des Steuerabzuges

Die Regierung hat unterm 27. September 1923 eine Verordnung erlassen, wonach mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 ab eine automatische Anpassung der abzugsfähigen Beträge durch Anschluß an den jeweiligen

Der Weiterbestand der Gewerkschaften

hat heute drei Voraussetzungen:

1. Der Beitrag muß stets in der Höhe des gerade geltenden Stundenlohnes gezahlt werden.
2. Die Einnahmen des Verbandes müssen möglichst werkefektiv erhalten werden, das heißt, der Beitrag muß wöchentlich geleistet werden.
3. Die einbehaltenen Gelder müssen sofort an die Hauptkassen gesandt werden, damit diese sie werkefektiv anlegen kann.

Nur wenn diese drei Voraussetzungen erfüllt sind, wird sich die Arbeiterchaft ihre einzige Waffe im Kampfe um ihr Recht und ihren sozialen Aufstieg erhalten.

Lebenshaltungsindex eintritt. Bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 1. bis 6. Oktober einschließlich fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die abzugsfähigen Sätze der zweiten Septimberhälfte (veröffentlicht in der „Baugewerkschaft“ Nr. 38) mit „6“ zu vervielfachen. Wir kommen auf die Neuerung noch zurück.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Berlin

Grenzmark Nord. Wegen Nichtanerkennung eines Schiedsgerichts des Schlichtungsausschusses seitens der Unternehmer kam es in Schönauke und Schneidemühl zu kurzen Streiks, die beide mit vollem Erfolg für unsere Kollegen beendet werden konnten. In Schneidemühl wurde für die Lohnwoche vom 24.—29. September ein Grundlohn gemäß dem Abkommen der Spitzenorganisationen festgelegt. Derselbe beträgt 9 Millionen und ergibt — bei der Steigerung des Reichsindex vom 27. September den Spitzenlohn für die Lohnwoche vom 24.—29. September. Es ist das ein schöner Erfolg, der hoffentlich die Kollegen erneut aneifern wird, der Organisation gegenüber ihre Pflicht zu tun.

Feuerung- und Schornsteinbau

1. Von der Lohnwoche, in welche der 20. September 1923 fällt, wird der Grundlohn für Norddeutschland auf M. 20 436 352,— für Süddeutschland auf M. 19 822 994,— festgesetzt. Danach stellen sich die zu zahlenden Löhne einschl. Gehältern wie folgt:

	Norddeutschland	Süddeutschland
Feuerungsmann	M. 22 480 000	M. 21 805 000
Schornsteinmännner	25 545 000	24 779 000
Schornsteinmännner, die noch nicht ein Jahr im Schornsteinbau tätig sind	24 922 000	24 184 000
Feuerungshelfer	21 458 000	20 814 000
Schornsteinhelfer	23 502 000	22 796 000

2. Die Reiseentschädigung wird wie folgt berechnet:
 Der feste Satz vom 21. 9. 1923 ab 22 480 000 21 805 000
 Kilometergeld 21. 9. 1923 1 052 900 1 031 200
 25. 9. 1923 1 416 900 1 394 200

Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbauunternehmern einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll derartig sein, daß der Feuerungsmaner stets 7%, der Schornsteinmännner stets 10% über den Hochbauunternehmern Lohn, Gehältern, Bezüge sind mit einbezogen.

Don den Arbeitsstellen

Bannfall

Schweller. Die Firma Hiler & Co. aus Oberkassel am Rh. führt in der Dreifabrik Zukunft bei Schweller Bauarbeiten aus. Unter anderem werden die Kettenbahnen, welche das Rohmaterial von

einem Betrieb zum andern befördern und in Höhe von 20—25 m liegen, ausbetoniert. Das Gerüst, welches zum Einschalen dient und die Stützen der Einschaltung trägt, wird von oben aus in Draht gehangen. Das ganze Material, Kistholz wie auch der Beton, werden durch einen Elektromotor hochgezogen. Unter diesem Aufzug wird auch der Beton gemischt.

Am Donnerstag, den 13. September, wurden Kantenbölzer von 4 m Länge hochgezogen. Der Motorführer hat, wie angenommen wird, die Bölzer oben gegengezogen und sind dabei die Stricke, worin die Bölzer hingen, gerissen. Die Bölzer sind dem Kollegen Schäfer aus Frenz, welcher unten in einem Wagen stand um Zement auszulassen, in den Nacken geschlagen und haben ihm die Wirbelsäule gebrochen. Er wurde nach Schweller ins Krankenhaus geschafft, wo er am andern Tage seinen Verletzungen erlag. Die Untersuchung muß ergeben, wen die Schuld trifft.

Unseren Kollegen kann nicht oft genug gesagt werden, beobachtet die Unfallverhütungsvorschriften, denn die meisten Unfälle lassen sich verhindern. Leider gibt es eine Anzahl Bauleiter, welche die Unfallverhütung nicht kennen, oder wenn sie von den Bauarbeitern darauf aufmerksam gemacht werden, mit der Entlassung drohen. Auch bei der Firma Hiler soll es Vorgesetzte geben, die, wenn die Arbeiter berechnete Forderungen stellen, mit der Entlassung drohen. Auch soll ein Polter dort sein, welcher den Mangel an Fachkenntnissen durch schändliche Behandlung der Arbeiterschaft glaubt ersetzen zu können. Auf die Dauer wird sich das die Arbeiterschaft nicht gefallen lassen.
 A. Himmerich.

Bau-Rundschau

Baugewerbe und Baustoffindustrie im Aug.

Baugewerbe. Während die Lage im Baugewerbe zu Beginn des Berichtsmontats im allgemeinen — von vereinzelten örtlichen Ausnahmen abgesehen — als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden konnte, hat sie sich von etwa Mitte August ab verschlechtert. Neue Aufträge wurden bei dem sprunghaften Steigen der Preise für Baustoffe wie der Löhne nicht erteilt. Empfindlich verschärft hat sich der Mangel an Betriebsmitteln; die Bautätigkeit geriet daher vielfach ins Stocken (Darmstadt und Berlin). Privatunternehmer haben verschiedentlich die Verträge über die Ausführung von Bauten gelöst (Königsberg i. Pr.); zum Teil wurden allerdings die Arbeiten beschleunigt fertigzustellen versucht. Die kommunale und gemeinnützige Bautätigkeit hat besonders unter der Geldentwertung und der Teuerung zu leiden.

Die Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeit erstreckt sich auf fast alle Berufe. Nachfrage nach Bauarbeitern nur in Oberschlesien, Ostpreußen und Westfalen.

Baustoffindustrie. Entsprechend der Lage im Baugewerbe ist im Laufe des August eine Verschlechterung des Geschäftsganges der Baustoffindustrie eingetreten.

Während die Ziegelindustrie in der ersten Hälfte des Monats verhältnismäßig gut beschäftigt war, fanden in der zweiten Hälfte bereits verschiedentlich Betriebs-einschränkungen bzw. Stilllegungen statt; es werden Annullierungen von Aufträgen gemeldet.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Zementindustrie. Auch in der Industrie der Steine und Erden sind die Bedingungen nicht günstiger.

Die Steinbrüche des Strehleener Bezirkes (Schlesien) arbeiten nur an drei Tagen der Woche. In Württemberg dagegen sind Steinbruchindustrie, Zementindustrie und Kalkwerke verhältnismäßig gut beschäftigt. Die Basaltbrüche des Regensburger Bezirkes verfügen nur noch über einen Auftragsbestand, der für die Aufrechterhaltung des Betriebes ausreicht, während der Neueingang von Bestellungen verschwindend gering wurde.

Aus der Dachpappenindustrie liegen Meldungen nicht vor. (Reichsarbeitsblatt.)

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Durch die bisherige rapide Geldentwertung und Steigerung der Papierpreise sieht sich der Hauptvorstand gezwungen, die Eintrittsgebühren, Ersahbücher und Hauskassiererbücher neu festzusetzen. Vom 1. Oktober ab beträgt das Eintrittsgeld 20 Millionen Mark für erwachsene Mitglieder und zwei Millionen Mark für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und Lehrlinge. Von diesen Eintrittsgebühren ist die Hälfte an die Hauptkasse abzuführen. In der Abrechnung für das vierte Vierteljahr dürfen demnach die noch in den Händen der Kassierer befindlichen Eintrittsmarken nur mit diesen Summen zum Verkauf und zur Verrechnung kommen.

Ersahbücher für verlorene gegangene oder durch eigene Schuld unbrauchbar gewordene Mitgliedsbücher kosten von diesem Zeitpunkt an 5 Millionen Mark und das jeweilig erforderliche Rückporto.

Hauskassiererbücher können nur noch zum Preise von einer Million Mark (ohne Porto) abgegeben werden.

Der Hauptvorstand.
 J. A. Fr. Jacobi.

Sterbetafel.

Am 13. August starb nach längerem Leiden unser treuer Kollege **Georg Hermann Traubisch** im Alter von 20 Jahren. Ortsgruppe Borschan.

Am 9. September starb unser treuer Kollege, der Hilfsarbeiter **Wilhelm Franke** im Alter von 21 Jahren. Verwaltungsstelle Nachen.

Ehre ihrem Andenken!